

## Dauer der Primarschule Gantenbein lädt zur Medienkonferenz

**VADUZ** Offenbar befasste sich die Regierung gestern mit einem Bericht des Schulamtes zum Thema «Dauer der Primarschule». Ob aufgrund dessen bereits ein Entscheid gefallen ist, dass die Primarstufe zukünftig fünf oder sechs Jahre dauern soll, ist jedoch unklar. Bildungsministerin Gantenbein zumindest stand der Thematik bis zuletzt sehr ambivalent gegenüber. Weder auf Kleine Anfragen im Landtag noch auf Nachfragen des «Volksblatts» erfolgte eine Positionierung der ausgebildeten Pädagogin Gantenbein. Auch im Verlaufe des gestrigen Tages war es nicht möglich, seitens des Bildungsministeriums zu erfahren, was die Diskussion über den Bericht des Schulamtes ergeben hat und ob eine Entscheidung gefällt wurde. Nun jedoch scheint die Ministerin etwas zu verkünden zu haben: Am Donnerstag gibt sie gemeinsam mit dem Leiter des Schulamtes eine Pressekonferenz. (ds)

## BuA verabschiedet Beitrag für Cipra- Geschäftsstelle von Regierung bejaht

**VADUZ** Der Cipra soll, den dazugehörigen Bericht und Antrag an den Landtag hat die Regierung am Dienstag verabschiedet, ein Landesbeitrag an deren Geschäftsstelle in Schaan gewährt werden. Dies teilte das Ministerium für Inneres, Bildung und Umwelt mit. Wie hoch der Betrag sein soll, wird in der Presseausendung nicht erwähnt. Es sei jedoch davon auszugehen, hiess es auf «Volksblatt»-Anfrage, dass sich der Betrag von dem, der 2013 für die Jahre 2014 bis 2017 gesprochen wurde, nicht massgeblich unterscheiden werde. Damals wurde beschlossen, der Commission Internationale pour la Protection des Alpes (Cipra) 1,4 Millionen Franken ausbezahlen. Zuvor erhielt die 1952 gegründete und seit 1983 in Liechtenstein sitzende Organisation deutlich mehr, wurde jedoch ebenfalls ein Opfer der Sparmassnahmen der Regierung. Die Cipra ist die einzige internationale, alle Alpenstaaten umfassende Organisation, die sich mit den spezifischen Umweltproblemen der Alpen länderübergreifend befasst. (red/ikr)

## Aus der Region

### Bauarbeiter bei Sturz von Gerüst schwer verletzt

**CHUR/FLIMS** Ein 29-jähriger Bauarbeiter hat sich am Montag in Flims bei einem Sturz von einem Baugerüst sechs Meter in die Tiefe schwer verletzt. Er hatte das Gleichgewicht verloren. Der Mann baute mit zwei Arbeitskollegen das Gerüst am Neubau Stennacenter ab. Wie die Bündner Polizei am Dienstag mitteilte, befand sich der Verunfallte zuoberst und reichte die Gerüstelemente nach unten weiter, als er plötzlich das Gleichgewicht verlor und sechs Meter abstürzte. Der Notarzt und die Rettung Chur versorgten den Mann medizinisch. Danach flog ihn die Rega ins Kantonsspital Graubünden nach Chur. Die Staatsanwaltschaft und die Kantonspolizei Graubünden untersuchen, wie es zum Unfall gekommen ist. (sda)

ANZEIGE



www.kleininserate.li

# KVG-Anpassung: «Rechtssicherheit und Transparenz für Patienten»

**Gesetzesänderung** Zur Jahreswende sorgte der angedrohte Austritt der Ärzte aus der OKP für Unsicherheit unter den Patienten. Die Regierung will nun mit einer Anpassung des KVG Gesetzeslücken schliessen und Rechtssicherheit schaffen.

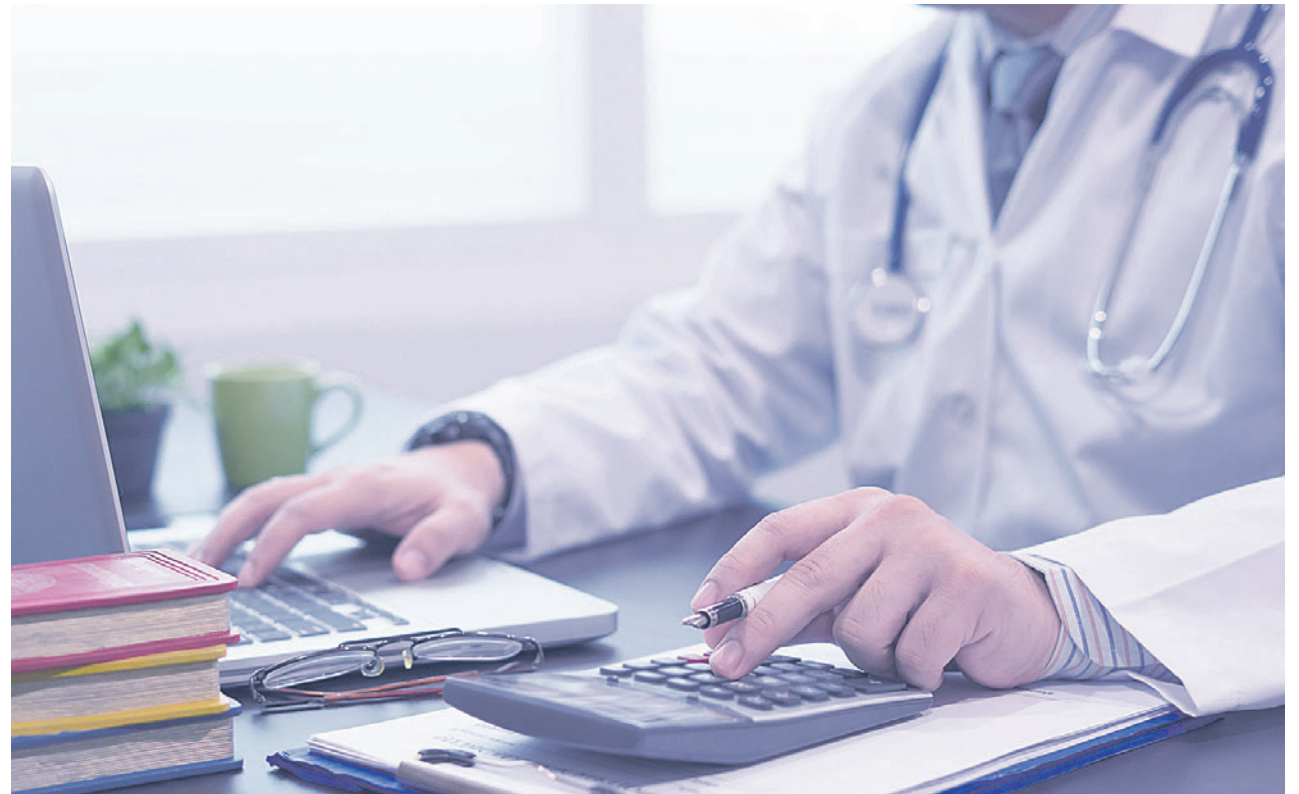
VON DANIELA FRITZ

**A**uch wenn der OKP-Konflikt zwischen Ärztekammer und Regierung um die Jahreswende letztlich beigelegt werden konnte, herrschte für mehrere Wochen Unsicherheit unter den Patienten. Die Regierung will nun Lücken des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) schliessen, um eine solche Situation künftig zu vermeiden. Sie verabschiedete daher gestern einen entsprechenden Bericht und Antrag (BuA) zu Händen des Landtags. «Mit den beabsichtigten Anpassungen im KVG sollte es nicht mehr vorkommen, dass Patienten eine Rechnung bekommen und nicht wissen ob und bis zu welcher Höhe sie von ihrer Krankenkasse bezahlt werden darf», erklärte Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini auf «Volksblatt»-Anfrage. Es werde Rechtssicherheit und Transparenz für die Patienten geschaffen. «Ebenso wird sichergestellt, dass Stellen der Bedarfsplanung auch bei Uneinigkeit zwischen den Verbänden besetzt werden können», so der Minister weiter.

Für den Fall, dass sich nicht genügend Ärzte am System der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) und damit an der Versorgung der Versicherten beteiligen, wie er im Dezember des vergangenen Jahres drohte, soll die Regierung gestützt auf eine neue Verordnungskompetenz künftig befugt sein, zeitlich befristet Tarife und Preise für eine bestimmte Berufsgruppe festzulegen. Diese Festlegung soll solange verbindlich sein, bis eine geordnete gesundheitliche Versorgung wiederhergestellt ist. Auf diese Weise kann gemäss Regierung etwa ein Taxpunktwert für ärztliche Leistungen festgelegt werden, der auch für Ärzte gilt, die ausserhalb der OKP tätig sind. «Damit wird verhindert, dass die Versorgung der Patienten gefährdet ist beziehungsweise diese der Unsicherheit ausgesetzt sind, ob eine in Anspruch genommene Behandlung von der Kasse vergütet werden darf und wenn ja, in welcher Höhe», heisst es in einer Mitteilung des Ministeriums für Gesellschaft.

### Besetzung von OKP-Stellen

Auch bei der Besetzung von Stellen im Rahmen der Bedarfsplanung sieht die Regierung Änderungen vor. Diese Besetzung ist gemäss KVG von der Ärztekammer und vom Liechtensteinischen Krankenkassenverband



Künftig soll es nicht mehr passieren, dass Patienten eine Arztrechnung bekommen und nicht wissen, ob und in welcher Höhe sie von der Krankenkasse übernommen wird. (Foto: Shutterstock)

(LKV) gemeinsam vorzunehmen. «Da sich die Verbände in jüngster Vergangenheit jedoch in zwei Fällen nicht einigen konnten, erfolgte die Stellenbesetzung trotz offenkundigem Bedarf nicht zeitgerecht», teilte das Ministerium weiter mit. Dies habe zu Engpässen insbesondere in der gynä-

kologischen Versorgung geführt. Um künftig diese Situation zu vermeiden, soll die Regierung die Möglichkeit erhalten, Stellenbesetzungen ersatzweise vorzunehmen, wenn sich die Verbände nicht einigen können. «Natürlich ist primär weiterhin eine Einigung der zuständigen Verbände an-

zustreben. Falls sich allerdings eine solche innert nützlicher Frist nicht abzeichnet oder ein Verband die Zustimmung zur Stellenbesetzung verweigert, wird die Regierung tätig», heisst es weiter.

### Tarmed in erweiterter OKP

Eine weitere Anpassung in der KVG betrifft den anzuwendenden Tarif in der erweiterten OKP. Erweiterte Versicherte zahlen einen pauschalen Zuschlag und erhalten im Gegenzug freie Arztwahl. Konsultieren diese Patienten einen Arzt, der über keine OKP-Zulassung verfügt, bezahlen sie die Arztrechnung selbst und reichen sie anschliessend bei seiner Krankenkasse zur Rückerstattung ein. «Da die Rechnung folglich aus der OKP bezahlt wird, sollen künftig sämtliche Ärzte in Liechtenstein dazu verpflichtet werden, bei der Behandlung eines Patienten im Rahmen der erweiterten OKP den Tarmed als Tarifstruktur anzuwenden», heisst es weiter. Auch diese Anpassung schaffe Rechtssicherheit für die Bezahlung der Rechnung durch die Krankenkassen und die nötige Transparenz für den Patienten. In der Anwendung des Taxpunktwertes seien Nicht-Vertragsärzte jedoch frei, betont das Ministerium.

## Medizinische Masseur

### Regierung genehmigt neuen Tarifvertrag

**VADUZ** Die Regierung hat den Tarifvertrag zwischen dem Liechtensteinischen Krankenkassenverband (LKV) und dem Verband diplomierter Masseur des Fürstentums Liechtenstein betreffend die Abgeltung von krankenversicherungspflichtigen Heilbehandlungen genehmigt. Für eine Übernahme der Leistungen durch die OKP sei eine ärztliche Verordnung notwendig. Zudem müsse der betreffende Masseur über eine Berufsausübungsbewilligung des Amtes für Gesundheit als «Medizinischer Masseur» verfügen, teilt das Ministerium für Gesellschaft in ei-

ner Aussendung mit. Bei Behandlungen durch medizinische Masseur gebe es bezüglich des Tarifs keine Vergleichsmöglichkeiten mit der Schweiz, da Heilbehandlungen durch Masseur in der Schweiz grundsätzlich keine krankenversicherungspflichtigen Leistungen darstellen würden, so das Ministerium weiter. Der neue Tarif basiere auf Sitzungspauschalen und sieht für die unterschiedlichen Behandlungen Taxpunkte vor. Der Taxpunktwert beträgt 0.90 Franken. Der Tarifvertrag tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2017 in Kraft. (ikr/red)

## Balzers sichert den Mittagstisch für Kinder

**Einstimmig** Der Balzner Gemeinderat ist den Vorschlägen der Arbeitsgruppe KiTa gefolgt. Damit kann der «Mittagstisch» für Kinder erhalten bleiben.

VON DAVID SELE

Seit Jahren könne die Nachfrage an Betreuungsplätzen «bei Weitem» nicht abgedeckt werden, konstatierte der Balzner Gemeinderat bereits am 21. Juni. Immerhin bot die Gemeinde bislang einen Mittagstisch in den Räumlichkeiten des örtlichen Kindergartens an - für Kinder, deren Eltern nicht die Möglichkeit haben täglich ein Mittagessen zuzubereiten. Da jedoch ab August 2017 neu drei Klassen den Kindergarten «Iramali» besuchen, stand eben dieses Angebot nun auf der Kippe. Zügig beauftragte der Gemeinderat daher die Arbeits-

gruppe KiTa, die in Balzers bereits seit 2015 besteht, Lösungen vorzuschlagen und wo möglich gleich umzusetzen.

### Arbeitsgruppe schlägt vor

Nicht einmal einen Monat später, nämlich in seiner Sitzung vom 5. Juli, konnte der Gemeinderat nun bereits über die ersten Massnahmen befinden. So schlägt die Arbeitsgruppe vor, den Mittagstisch vorübergehend in die Primarschule zu verlegen. Dort könne die vorhandene Schulküche genutzt werden. Das akute Problem wäre damit gelöst, die Existenz des Mittagstisches gesichert.

Die neuen Tagesstrukturen - dort werden Kinder bis ins Sekundarschulalter hinein betreut - sollen Anfang 2018 eingerichtet werden und insgesamt 20 Betreuungsplätze bieten. Dort soll dann auch der Mittagstisch integriert werden, was bedeute, dass zum Mittagessen maximal 40 Kinder anwesend sein können. Die



Platzmangel: Der Balzner Mittagstisch zieht vom Kindergarten «Iramali» vorübergehend in die Primarschule «Iramali» in Balzers. (Foto: ZVG)

Räumlichkeiten im Mehrzweckgebäude seien bereits zusammen mit dem Amt für soziale Dienste ausgemacht worden. In den kommenden Monaten müssten jedoch noch einzelne Bauarbeiten vorgenommen werden. Ebenso seien für die bisherigen Nutzer der Räumlichkeiten Alternativen zu finden.

### Hoffen aufs Land

Als Betreiberin der Tagesstrukturen ist der Verein Kindertagesstätten Liechtenstein laut der Arbeitsgruppe bestens geeignet. Das Betriebsbudget kalkuliere ein jährliches Defizit von

220 000 Franken, das von der Gemeinde getragen werden müsste. Allerdings rechnet die Arbeitsgruppe damit, dass sich die Kosten «mit grosser Wahrscheinlichkeit» noch wesentlich reduzieren. Ab 2018 sollen nämlich alle Einrichtungen zur Kinderbetreuung in gleichem Masse vom Land unterstützt werden, beruft sich die Arbeitsgruppe auf das Gesellschaftsministerium. Sämtlichen Vorschlägen stimmte der Gemeinderat schliesslich einstimmig zu. Vorsteher Büchel kann nun den Dienstleistungsvertrag mit dem Verein Kindertagesstätten finalisieren.